

# Der Vollzugsdienst

2/2011 - 58. Jahrgang

Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands

**Der Tarifabschluss für die Landesbeschäftigten ist unter Dach und Fach**

Ein Ergebnis mit Licht und Schatten

Seite 1

**Nach der Bürgerschaftswahl in Hamburg: Hoffnung auf den Erhalt der JVA Glasmoor**

Überprüfung des Beschlusses zur Verlagerung der JVA angekündigt

Seite 29

**Die Personalausgaben des Landes Hessen liegen im Durchschnitt**

Vergleich der Strafvollzugsausgaben zwischen den westlichen Bundesländern

Seite 33

## **CESI - Gewerkschaft in Europa**



Der Weg der italienischen Justizgewerkschaft Sappe in den europäischen Verband CESI führt über den BSBBD. Mehr dazu auf Seite 4.

Ein Ergebnis mit Licht und Schatten

## Tarifabschluss für die Landesbeschäftigten unter Dach und Fach

**D**er dbb-Verhandlungsführer Frank Stöhr hat den am 10. März 2011 in Potsdam erzielten Tarifabschluss für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst der Länder positiv bewertet: „Uns ist ein komplizierter Balanceakt gelungen, der einerseits dem Bedürfnis der Beschäftigten Rechnung trägt, für die es nach Jahren der Reallohnverluste endlich wieder einen – wenn auch moderaten – Reallohnzuwachs gibt. Andererseits haben wir mit dem Kompromiss auch der angespannten Lage der Länderhaushalte Rücksicht genommen. Was wir vereinbart haben, ist nicht nur sozial gerecht, sondern auch finanzierbar.“

Gewerkschaften und Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) haben sich auf eine Einmalzahlung für die Beschäftigten in Höhe von 360 Euro, sowie eine lineare Erhöhung von 1,5 Prozent zum 1. April 2011 und 1,9 Prozent (plus einem Sockelbetrag von 17 Euro) ab 1. Januar 2012 geeinigt. Die Straßenwärter und der Küstenschutz erhalten eine Zulage

von 25 Euro. Es wurde eine Laufzeit von 24 Monaten bis Ende Dezember 2012 vereinbart.

„Ein reales Einkommensplus – das war unser wichtigstes Ziel, und das haben wir erreicht“, so **Stöhr** weiter. „Dem Straßenwärter, der trotz Schwerstarbeit bei Wind und Wetter mit gerade mal 2.300 Euro nach Hause geht, dem Beschäftigten im

Strafvollzug oder der Krankenschwester mit ihren monatlich 2.500 Euro wäre weniger unter dem Strich auch nicht zu vermitteln gewesen.“ Jetzt gehe es um die Gleichbehandlung der Beamten in Ländern und Kommunen. **Stöhr**: „Der materielle Gehalt der Tarifeinigung muss zeit- und inhaltsgleich auf den Beamtenbereich übertragen werden.“

### Verhandlungen zur Übergangsversorgung vereinbart

**Klaus Neuenhüsges**, der den **BSBD** bei der dbb tarifunion vertritt, kommentiert den Tarifabschluss folgendermaßen:



„Man sollte Tarifiergebnisse nie schön reden, sie stellen immer einen Kompromiss, einen Interessenausgleich dar, sie sind folglich ein Geben und ein Nehmen. Es hätte durchaus nach Jahren der Reallohnverluste etwas mehr sein dürfen. Trotzdem kann man die Rahmenbedingungen, unter denen ein Interessenausgleich herbeigeführt werden muss, nicht völlig außer acht lassen. Die Wirtschaft hat zwar wieder Tritt gefasst, die finanziellen Auswirkungen der Bankenkrise, die ganze Volkswirtschaften ins Wanken gebracht

hat und vielleicht noch bringen wird, werden uns aber noch lange erhalten bleiben. Wenn man diese Rahmenbedingungen berücksichtigt, dann kann man mit dem diesjährigen Tarifabschluss schon eher anfreunden.“

Eine Kröte haben die Gewerkschaften nach Einschätzung des **BSBD**-Tarifexperten mit der relativ langen Laufzeit schlucken müssen. Die längerfristige Bindung beruhe immer die Gefahr, dass ein angestrebter Reallohnzuwachs durch Inflationsrate sowie steigende Lebenshaltungs- und Energiekosten zunichte gemacht wird.

Für den **BSBD** und die betroffenen Kolleginnen und Kollegen von besonderer Bedeutung ist das Zugeständnis der Arbeitgeberseite, nun endlich Verhandlungen zur Übergangsversorgung nach § 47 TVL aufnehmen zu wollen. Im Rahmen dieser Verhandlungen wird der **BSBD** nachdrücklich auf ein sachgerechtes Ergebnis drängen, das weniger vom Kompromiss und dafür stärker von der Einsicht

in die Probleme getragen wird. Schließlich müssen unsere Kolleginnen und Kollegen von dem Geld, das sie nach dem Ausscheiden aus dem Berufsleben erhalten, auch leben können. Auch für den **BSBD**-Bundvorsitzender **Anton Bachl** haben die Verhandlungen eine herausragende Bedeutung.

„Was sich der Staat hier seit Jahren leistet und wie er mit seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern umgeht, spottet jeder Beschreibung. Es kann nicht sein, dass die Kolleginnen und Kollegen bis zur Zahlung der Altersrente auf Hartz IV angewiesen sind, wenn sie mit dem Erreichen einer für die Beamten geltenden besonderen Altersgrenze aus dem Berufsleben ausscheiden wollen. Wer ein Leben lang im Strafvollzug seinen Kopf für die Gesellschaft hingehalten hat, kann am Ende des Berufslebens nicht mit Almosen abgespeist werden“, gibt der **BSBD**-Bundvorsitzende **Anton Bachl** die Richtung für die Verhandlungen vor.

### Der Fehlerteufel hat zugeschlagen

In unserer Ausgabe 1 wurde bei der Berichterstattung und Stellungnahme zu einem Urteil über die Sicherungsverwahrung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte fälschlicherweise vom Europäischen Gerichtshof in Luxemburg gesprochen. Auch das Bild zeigt den Gerichtshof in Luxemburg. Richtig ist, dass das Urteil vom Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) in Straßburg ergangen ist.

Sehen Sie hier jetzt auch das richtige Bild. Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte wurde 1959 in Straßburg errichtet. Aufgabe des Gerichtshofes war und ist der Schutz der in der Europäischen Menschenrechtskonvention von 1950 verbrieften Grundrechte. Seit seiner Einsetzung sind vom Gerichtshof mehr als 10 000 Urteile ergangen. Diese sind für die verurteilten Staaten verpflichtend und veranlassen die betroffenen Regierungen in vielen Bereichen zu Gesetzesän-



Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg

derungen und zu Veränderungen in der Verwaltungspraxis. Wir bedauern diesen Fehler und bedanken uns bei unserer treuen Leserschaft für die zahlreichen Hinweise. *Die Schriftleitung*

**Ankündigung****Einberufung****des ordentlichen Gewerkschaftstages  
des BSBD-Bundesverbandes**

Die Bundesleitung des **BSBD-Bundesverbandes** beruft gemäß § 9 Satz 8 der geltenden Satzung des **BSBD-Bundesverbandes** den ordentlichen **Gewerkschaftstag 2011** für den **17./18. November nach Koblenz/Lahnstein** (Rheinland-Pfalz) ein.

Die Unterlagen für den Gewerkschaftstag werden den gewählten Delegierten der **BSBD-Landesverbände** rechtzeitig durch die Bundesleitung und die Bundesgeschäftsstelle zugeleitet werden.

**BSBD begrüßt die Absage an privaten Justizvollzug**

Anton Bachl: Privatisierung des Strafvollzugs ist kein Zukunftsmodell

**D**er Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands (BSBD) begrüßt die Überlegungen von Sachsen-Anhalts Justizministerin Prof. Dr. Angela Kolb (SPD), künftig keine weiteren Privatisierungen im Strafvollzug vornehmen zu wollen. Die Ministerin hatte am Freitag in einem Interview ausführlich erklärt, dass das Land auf neue Entwicklungen mit einer privat betriebenen Einrichtung nicht so flexibel wie gewohnt reagieren könne, weil man sich langfristig vertraglich gebunden habe. Zudem sei auch der administrative Aufwand für das Ministerium größer. Sie werde sich deshalb nicht noch einmal für ein solches Modell, wie es mit der JVA Burg realisiert sei, entscheiden.

Dazu erklärt der Bundesvorsitzende des **BSBD**, **Anton Bachl**: „Mit ihrer jetzigen Neuorientierung greift die Ministerin die Überzeugungen und Sichtweisen des **BSBD** auf. Seit langem spricht sich die Gewerkschaft Strafvollzug gegen die schrittweise Privatisierung des Vollzuges aus, weil der Strafvollzug in seiner Gesamtheit nach unserer Einschätzung in die Hand des Staates gehört. Strafvollzug ist eine Pflichtaufgabe des Staates, die einer Privatisierung auch nicht in Teilbereichen zugänglich ist. Die vielen Experimente, die bislang in Hessen, Baden-Württemberg und Sachsen-Anhalt eingeleitet worden sind, haben eines gemeinsam: Sie haben sich als problembehaftet und teuer erwiesen!“

Die Bundesleitung des **BSBD** hat im vergangenen Jahr in Burg-Madel vor Ort ein Bild von den täglichen Abläufen der teilweise durch die Firma Kötter betriebenen Einrichtung gewinnen und anschließend mit der Justizministerin diskutieren können. Dort liegt der monatliche Nettoverdienst der durch einen Subunternehmer der Firma Kötter tätigen Mitarbeiter im Bereich der Verpflegung bei rund 1.100 Euro und damit noch einmal 50 Cent unter dem der Firma Kötter. Nach Angaben von **Bachl** müssen die im Bereich der Sicherheit tätigen Mitarbeiter monatlich etwa 190 bis 200 Stunden arbeiten, um in einer

Sechs-Tage-Woche auf einen annähernd akzeptablen Lohn zu kommen, ein Freizeitausgleich wird dem Vernehmen nach gar nicht gewährt, weil die Betroffenen auf die Auszahlung der Überstunden finanziell angewiesen sind.

Problematisch ist auch, dass die Verträge für Dienstleistungen in Burg für fünf Jahre geschlossen worden sind. Wollte das Land, so **Bachl**, den Vertrag nach fünf Jahren aufkündigen, müsste das hierzu erforderliche Personal rechtzeitig eingestellt und ausgebildet werden. Je nach Ausbildungsdauer wäre dies rund zwei Jahre vor Vertragsabschluss erforderlich. Darüber hinaus gibt es bei den Kompetenzen für privat beschäftigte Bedienstete Probleme, sie agieren teilweise in einer rechtlichen Grauzone.

Dazu **Anton Bachl** wörtlich: „Das Land hat sich mit dem als PPP-Modell betriebenen Bau in eine Sackgasse manövriert, aus der sich nur schwer ein Ausweg finden lässt. Dennoch gehen die Überlegungen der Ministerin in die richtige Richtung und sollten insbesondere für Niedersachsen und Berlin beispielgebend sein. In Berlin wird gegenwärtig erwogen, den wichtigen Bereich der Resozialisierung und den Werkdienst der im Bau befindlichen JVA Heidering zu privatisieren. **Justizsenatorin Gisela von der Aue** begründet dies mit den Problemen des Werkdienstes in Berlin. Hier

wird ein gewaltiger Denkfehler begangen. Bei den Privaten sind die Löhne erheblich niedriger.

Und wie bei niedrigerem Lohnniveau ausreichend qualifiziertes Personal gestellt werden soll, bleibt das Geheimnis der Privatisierungsbefürworter. Die Fülle der real existierenden Probleme in den verschiedensten Bundesländern macht eindrucksvoll deutlich, dass die Privatisierung des Strafvollzugs kein Zukunftsmodell ist. Hoheitliche Aufgaben müssen hoheitlich gelöst werden. Nur wenn der Staat die Mittel für einen funktionierenden und modernen Vollzug bereitstellt, können die Bediensteten ihre gesetzlichen Aufgaben erfüllen.“

Auch außerhalb Deutschlands gibt es längst Bemühungen gegen eine weitere Privatisierung des Vollzugs. So hat sich inzwischen mit der Prison Officers Association (POA) in Großbritannien bereits eine unabhängige Gewerkschaft gebildet, die bereits 1.000 Mitglieder aus dem privaten Unternehmenssektor des Vollzugs vertritt.

Insgesamt sind in Großbritannien rund zehn Prozent des Vollzuges privatisiert. Mit der Kampagne „Prisons are not for profit“ engagieren sich die Gewerkschafter deshalb gegen die Privatisierungsbemühungen der Regierung, aber auch für ein Ende der Überbelegung und für angemessene Haftbedingungen.

Internationales BSBD-Seminar

## Den Strafvollzug in Europa gemeinsam voranbringen



Von links: Stellv. Landesvorsitzende JVB Heinrich Hödl, Michael Schlegel, Silvia Szabad, Vlastimil Kriz, Dr. Michaela Ivanicova und Dieter Waas.

**K**önigswinter: Europa entsteht in der Begegnung, so der Titel eines internationalen Seminars des BSBD vom 17. bis 21. Januar 2011 in der dbb-Akademie in Königswinter. Den Strafvollzug in Europa gemeinsam mit Ideen und Visionen voran zu bringen haben sich viele BSBD Mitglieder zur Aufgabe gemacht.

Seminarleiter **Winfried Conrad** konnte 20 Kolleginnen und Kollegen aus acht Bundesländern begrüßen. Diese diskutierten mit Experten des tschechischen Strafvollzugs. Dieser Kontakt kam über Ltd. Reg. Dir. **Dieter Waas** und stellv. JVB Landesvorsitzenden **Michael Schlegel** aus Bayreuth zustande. Anstaltsleiter **Oberst Mgr. Vlastimil Kriz** aus der JVA Kynsperk nad Ohri (Königsberg) erläuterte den Teilnehmern die Rechtsordnung und das Strafvollzugsgesetz der tschechischen Republik. Einzelne Bestimmungen der Vollzugsordnung wurden mit praktischen Beispielen für die Umsetzung im Bezug auf die tschechischen Gefängnisse demonstriert und besprochen.

*Halte an – Denke nach – Verändere Dich* – heißt das **Resozialisierungsprogramm „ZZZ“ in Tschechien**. Anstaltspsy-

chologin **Dr. Michaela Ivanicova** informierte die Teilnehmer. Anhand einer praktischen Demonstration wurden den Seminarteilnehmern die Standards dieses Modellprojektes vorgestellt. **Silvia Szabad**, Sozialarbeiterin der JVA St. Georgen-Bayreuth, hatte als Dolmetscherin eine schwierige Aufgabe, der sie sich mit Bravour entledigte. „*Strafvollzug im Vergleich – Strafvollzug in Bayern*“ war der Titel des Vortrags von Ltd. Reg. Dir. **Dieter Waas**, Anstaltsleiter der JVA St. Georgen-Bayreuth. Er informierte die Teilnehmer umfassend über das neue bayerische Strafvollzugsgesetz, über vollzugsspezifische Statistiken und die Arbeitsmöglichkeiten der Gefangenen. „*Land und Leute – so lebt man in Tschechien*“ überschrieb **Heinrich Hödl**, stellv. Landesvorsitzender JVB, seinen Vortrag, mit dem er über die realen Lebensverhältnisse in unserem östlichen Nachbarland berichtete. Alle Vorträge weckten bei den Teilnehmern großes Interesse und warfen viele Fragen auf, die von den Dozenten umfassend und sachverständig beantwortet wurden. **Winfried Conrad** konnte nach vielen guten und konstruktiven Diskussionsrunden die Seminarteilnehmer verabschieden.

M. Schlegel



Im Bild die Teilnehmer und Dozenten.

Fotos: Sigggi Urbanek

Vom Thüringer Wald zum Deutschen Eck

## Bundesleitung tagte in der Wartburgstadt Eisenach

**D**ie Bundesleitung des BSBD hat mit einer ersten Sitzung im Jahr 2011 die Weichen für die Vorbereitung des diesjährigen Verbandshöhepunktes, des **Gewerkschaftstages am 17./18. November in Lahnstein/Koblenz**, gestellt. Zumindest vor dem inneren Auge ging der Blick vom Thüringer Wald zum Deutschen Eck und war so auch ein Symbol für die Bandbreite der anstehenden gewerkschaftlichen Aufgaben.

Bundesvorsitzender **Anton Bachl** hat am Fuße der Wartburg mit den anderen Mitgliedern der Bundesleitung die „heiße“ Phase der Vorbereitung des **Gewerkschaftstages** eingeläutet. Auch wenn bis dahin noch zahlreiche andere gewerkschaftliche Aufgaben zu bewältigen sind, bestimmt der **Gewerkschaftstag** im Spätherbst natürlich einen großen Teil des Handels. Das höchste Gremium des **BSBD** trifft sich zum ersten Mal nach der Umsetzung der Föderalismusreform, mit der ja bekanntlich auch die Gesetz-



Anton Bachl „dirigiert“ die Sitzung.

gebung zum Strafvollzug in die Verantwortung der Länder übergegangen ist. Der vom **BSBD** befürchtete vollzugliche Flickenteppich zeichnet sich in seinen Konturen bereits deutlich ab.

Die Vollzugsgesetzgebung, Dienstrecht und insbesondere Ausbildungsstandards driften mit weitreichenden Konsequenzen auseinander. Jetzt gilt es, die Entwicklung zu analysieren und Handlungskonzepte zur Qualitätssicherung zu erarbeiten. Für den Strafvollzug bundesweit markante Entwicklungen sind für die strategische Arbeit auszuwerten. Die Entwicklungen im Großraum Europa sind hinsichtlich ihrer Konsequenzen für den deutschen Strafvollzug zu bewerten. Das aus Sicht des **BSBD** außerordentlich unglückliche Handeln der Bundesregierung zu dem Stichwort nachträgliche



Blick auf die Wartburg.

Sicherungsverwahrung hat deutlich aufgezeigt, dass die weitere Zerfaserung des Strafvollzuges künftig verhindert werden muss. Die Europäisierung auch des Strafvollzuges, darin ist sich die Bundesleitung einig, darf nicht zu einem Niveauverlust bei der behandlungsorientierten Ausgestaltung des Strafvollzuges führen.

Aus diesem Grund soll der **Gewerkschaftstag** sich vorrangig mit diesen Fachthemen beschäftigen. Der **BSBD** wird nachdrücklich dafür eintreten, dass Vollzug eine hoheitliche Aufgabe war, ist und bleiben muss. Die bisherigen PPP-Projekte demonstrieren für den **BSBD**

auf eindrucksvolle Weise, dass jede politische Initiative zur Privatisierung des Vollzuges nicht nur in eine Sackgasse führt, sondern auch ein langfristiges, unverantwortliches Verschleudern von Steuergeldern bedeutet. Wenn im Zusammenhang mit dem Strafvollzug europaweit von Beamten gesprochen wird, liegen gerade hier die Standards im Hinblick auf Dienstrecht, Ausbildung und Behandlungsauftrag weit auseinander. Nach der festen Überzeugung der Bundesleitung soll und wird der **Gewerkschaftstag** hier richtungsweisende Meilensteine setzen. Neben den strategischen Aufgaben wa-

ren allgemeine gewerkschaftspolitische Fragestellungen abzuarbeiten. Die Finanzen wurden beraten, die Mitgliederentwicklung analysiert. Die Tendenz sinkender Gefangenzahlen hat einige Bundesländer veranlasst, Ausbildung zu reduzieren oder auszusetzen. Eine solche Entwicklung bleibt zwangsläufig nicht ohne Auswirkungen auf die Mitgliederzahlen. Hier wird die Bundesleitung dem Bundeshauptvorstand auf seiner Tagung im Mai konkrete Vorschläge unterbreiten, welche Konsequenzen gezogen werden müssen. Weiter im Auge behalten wurde die Neugestaltung der Außendarstellung des **BSBD** mit der Umstellung auf die europaweit blaue Farbe des Sicherheitsbereiches.

Zudem hat der Bundesvorsitzende zu den aktuellen Aktivitäten auf dbb-Bundesebene berichtet. Eine freudige Nachricht war in diesem Zusammenhang die Meldung, dass die Kontakte des **BSBD** zu den italienischen Kollegen insoweit Früchte tragen, als die **SAPPE** mit ihrem Vorsitzenden **Donato Capece** jetzt Mitglied der **CESI** ist. Dies wertet die Bundesleitung ganz klar als eine Stärkung der gewerkschaftlichen Gestaltungskraft für den Strafvollzug auf europäischer Ebene. Bedauert wurde bei der vorfrühlingshaften Wetterlage von allen, dass der Arbeitsumfang wieder einmal ein besseres Kennenlernen des historischen Ortes verhindert hat.

## Die Gemeinschaft der europäischen Vollzugsgewerkschaften wächst

SAPPE nun in der CESI – CESI-Generalsekretär Helmut Müllers begrüßt neues Mitglied

**D**as aktive Handeln des **BSBD** trägt Früchte. Nach den Kontakten auf Bundesebene – wir haben darüber berichtet (Der Vollzugsdienst 4/5 2009 und 2010) – sind unsere italienischen Kollegen der Gemeinschaft unabhängiger Gewerkschaften auf europäischer Ebene beigetreten. **CESI** und **BSBD** sind natürlich begeistert über diesen Schritt.

Die **italienische Sappe** ist eine Justizgewerkschaft, die uniformierte Strafvollzugsbedienstete organisiert. Sie zählt nun seit einigen Wochen zur Familie der unabhängigen europäischen Gewerkschaften. Grund genug für CESI-Generalsekretär **Helmut Müllers**, sich auf den Weg nach Rom zu machen, um die neuen Partner kennenzulernen und auch gleich erste Aktivitäten in den Blick zu nehmen. Die Zeit drängt, denn die EU-Kommission hat für das Frühjahr 2011 ein **Grünbuch über den Strafvollzug in Europa** angekündigt. Unter dem Dach der **CESI** sind inzwischen Strafvollzugsgewerkschaften aus mehreren EU-Staaten, unter anderem aus Deutschland, Frankreich, Großbritannien und nun auch Italien vereint. **Müllers** sprach mit dem Generalsekretär der Sappe, **Donato Capece** und dem

Chef der italienischen Gewerkschaft Confasal, **Marco Paolo Nigi**, über die Perspektiven der Zusammenarbeit. Zum Grünbuch über den Strafvollzug sagte **Müllers**: „Die **CESI** wird sich aktiv in die Debatte einbringen. Wir glauben, dass bessere Haftbedingungen mit besseren Arbeitsbedingungen für die Strafvollzugsbeamten einhergehen.“

Damit ist ein Kernanliegen der direkten Arbeit des **BSBD** auf europäischer Ebene angesprochen. Es ist eine Tatsache, dass gerade der Strafvollzug sich im Rahmen der EU auf völlig neue Rahmenbedingungen wird einlassen müssen. Dies wird in den seltensten Fällen mit spektakulären politischen Vorgaben einhergehen. Dazu fehlt es dem Strafvollzug auch an politischer Lobby. Dass aber die Zeiten allein einzelstaatlicher Vorgaben vorbei



V.r.n.l. **Donato Capece**, **Helmut Müllers** und **Marco Paolo Nigi**. ©CESI 2011

sind, ist wohl spätestens seit dem Debakel Deutschlands um die nachträgliche Sicherungsverwahrung klar. Der Beitritt der Sappe ist eine Stärkung des gewerkschaftlichen Gewichtes für die Gestaltung der Arbeitsbedingungen der Vollzugsbediensteten europaweit. Gerade dann, wenn es darum geht, politische Vorhaben, juristische Vorgaben, historisch Gewachsenes und bisherige nationale Regularien international auszurichten.

Der **BSBD** sagt: „Herzlich willkommen in der europäischen Gewerkschaftsgemeinschaft Kolleginnen und Kollegen der Sappe!“